

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementpreis 0,85 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Einsch.-Verein)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 94.

Berlin, Mittwoch, 24. November 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Scharfmacherpläne. — Arbeiterkontrollen im sächsischen Bergbau. — Die Tarifbewegung im Holzgewerbe. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereine-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

Scharfmacherpläne.

Um die Mitte des Oktober fand in einem der vornehmsten Hotels von Berlin eine Ausschuss-Sitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller statt. Wie wir bereits mitgeteilt haben, wurde dabei über die Stellung zum Hansabunde und über die Bildung eines industriellen Wahlfonds verhandelt. Das Referat über den letzten Punkt hatte Herr Bued übernommen. Schon daraus läßt sich erkennen, welchen Zwecken dieser Fonds dienen soll. Herr Bued hat, so lange er dem Parlament angehört, stets den schroffsten Scharfmacherstandpunkt vertreten. Er durfte sich ruhig neben dem Freiherrn v. Stumm setzen lassen. Herr Bued hat auch als Generalsekretär des Zentralverbandes seinerzeit dem Grafen Wladowski die 12 000 Mark angeboten, um die Buchhausvorlage durchzusetzen. Wenn nun ein Verband, der unter der geistigen Leitung eines solchen Mannes steht, einen Wahlfonds begründet, so kann es sich nur darum handeln, Leute in die gelegenden Körperchaften zu entsenden, die den Forderungen der Arbeiter selbst wenn sie noch so berechtigt sind, feindselig gegenüberstehen. Nebenbei gesagt, will man noch einen anderen Zweck erreichen, nämlich die Schutzpolitik fördern. Das zeigen mit aller Deutlichkeit folgende Sätze, die Herr Bued in jener Ausschuss-Sitzung nach einem Bericht, der dem „Vorwärts“ in die Hände gefallen ist, gesprochen hat:

„Seit einer längeren Reihe von Jahren verfolgt die Gesetzgebung im Reich namentlich auf dem Gebiete der Wirtschaft- und Sozialpolitik eine dem Interesse der Industrie ungünstige Richtung. In wirtschaftlicher Beziehung ist diese Richtung ganz besonders herorgetreten in dem Streben, der deutschen Industrie den Schutz, der ihr nach Maßgabe ihrer Produktionskosten und im Verhältnis zu der Zollpolitik der anderen in Konkurrenz zu uns stehenden industriellen Staaten zuteil werden müßte, entweder gar nicht, oder nur in ungenügendem Maße zu gewähren.“

Die Schuld daran wird zum Teil dem Kathedersozialismus zugeschoben, der seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an unseren Universitäten sich breit macht. Diese Bewegung sei immer mehr ausgeartet, so daß die jüngeren Professoren der Nationalökonomie in Gehässigkeit und Feindseligkeit gegen die Unternehmer die Sozialdemokratie noch überträfen.

Gegen diesen Kathedersozialismus schlug der bekannte Dr. Tille aus dem Saarrevier, ein gelehriger Schüler des Herrn Bued, vor, eine besondere Akademie zu schaffen, an der Lehrer im Sinne des Zentralverbandes wirken und gegen die Bestrebungen der Kathedersozialisten auftreten sollten. Diese „Tendenzakademie“ dürfe aber beileibe nicht in einer Universitätsstadt oder am Orte einer Handelshochschule liegen, sondern in einer Stadt, „wo eine Beeinflussung durch akademische Lehrer anderer Richtungen im persönlichen Verkehr ausgeschlossen ist“. Da wäre es schon am besten, wenn Herr Bued und Herr Dr. Tille zusammen mit anderen Gesinnungsgenossen die Vorlesungen selbst hielten.

In seinen weiteren Ausführungen beklagte sich Herr Bued über das Wuhlen der Parteien um den Gunst der stimmvergebenden Massen. Diese Massen würden in der Hauptsache von Arbeitern

gebildet, die ja die Feindseligkeit und den Kampf gegen die Arbeitgeber auf ihre Fahne geschrieben haben. So sei es gekommen, daß Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber in gewissen Grade auch die Parole der politischen Parteien geworden ist. Es sei kein Verlaß auf sie. Volles Vertrauen hat der Redner nur zur Reichspartei und bedingt auch zur konservativen Partei, die schon mit Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht für alle sozialpolitischen Maßnahmen zu haben sei. In diesen Verhältnissen könne nur eine Besserung im Sinne der Großindustrie stattfinden, wenn der Zentralverband durch Schaffung eines Wahlfonds dafür sorgt, daß „ohne Ansehung der nationalen Partei, der die betreffenden Kandidaten angehören, alle unterstützt werden sollen, von denen anzunehmen ist, daß sie die Interessen der Industrie in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen im Sinne der Ansichten vertreten, die mit den Bestrebungen und den Beschlüssen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen“. So die Zentrumsparterie nicht allgemein als national gilt, man auf ihre Mitwirkung aber nicht verzichten zu können glaubt, wurde das Wort „national“ durch das Wort „bürgerlich“ ersetzt. Mit anderen Worten also will der Zentralverband Einfluß in allen bürgerlichen Parteien zu gewinnen suchen, um auf diese Weise seine scharfmacherischen und schützjöllnerischen Interessen wirksamer zur Geltung zu bringen. Der Wahlfonds soll eine Art Julius-turm sein, der von einer besonderen Kommission verwaltet wird.

Es ist bereits von uns mitgeteilt worden, daß die Pläne Bued's in der Ausschuss-Sitzung lebhaften Beifall und Annahme fanden. Namentlich der bekannte Kommerzienrat Wend, dessen Name in der Arbeiterkassette sich auch nicht des besten Rufes erfreut, unterstützte lebhaft die Idee Bued's und ergänzte sie in manchen Punkten. Er trat auch energisch ein für die volle Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, für den Ausbau des Arbeitsnachweiswesens der Arbeitgeber und für die Förderung der Streikversicherung in den Arbeitgeberverbänden.

Indessen, diese Dinge interessieren uns hier zunächst weniger. Bemerkenswert ist vor allem die Anlegung des Wahlfonds und die geplante Verwendung seiner Gelder. Danach hat die namentlich von Dr. Tille propagierte Idee der Bildung einer besonderen Arbeitgeberpartei endgültig Schiffbruch gelitten. Man zieht es vor, Einfluß zu gewinnen in den verschiedenen politischen Parteien. Dafür wird man wohl keine Gründe haben. Die Industriellen folgen lediglich dem Vorbilde, das die Agrarier gegeben haben. Diese haben sich zusammengeschlossen zum Bunde der Landwirte, und die Mitglieder dieses Bundes der Landwirte haben ihre Freunde und Förderer ebenfalls in fast allen politischen Parteien. Lediglich die Linksliberalen und die Sozialdemokraten zählen keine Bündler in ihren Reihen. Durch diese Taktik hat es der Bund der Landwirte verstanden, sämtliche Parteien, abgesehen von den zuletztgenannten, in seinem Sinne zu beeinflussen, und mit welchem Erfolge er das getan hat, das zeigt ja am besten die deutsche Wirtschaftspolitik, die sich völlig in agrarischen Bahnen bewegt. Ist es da ein Wunder, daß die Scharfmacher und Schützjöllner denselben Weg einschlagen und versuchen, ihre Forderungen zur Geltung zu bringen? Wenn sie die nötigen Mittel aufbringen — und daran wird es bei ihrer

Kapitalkraft sicherlich nicht fehlen —, so werden sie in der Tat ihre Leute oder doch Förderer ihrer Bestrebungen in die politischen Parteien hineinbekommen und dadurch deren Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen vermögen. Die Gefahr, die der deutschen Arbeiterschaft dadurch droht, darf nicht gering angeschlagen werden. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat es ohnehin schon verstanden, durch seine Beziehungen zu Regierungskreisen seinen Wünschen und Anschauungen Geltung zu verschaffen. Wenn es ihm nun auch noch gelingt, in mehrere politische Parteien seine Vertreter hineinzubringen, so wird es ihm nur noch leichter sein, seine Tendenzen durchzusetzen.

Liegt nicht in diesem ganzen Vorgehen auch ein deutlicher Fingerzeig für die deutschen Arbeiter? Zeigen nicht auch die Pläne des Herrn Bued, daß die Deutschen Gewerkevereine sich auf dem richtigen Wege befinden, wenn sie sich frei und unabhängig halten von jeder Parteipolitik, ihren Mitgliedern aber dringend ans Herz legen, sich außerhalb der Organisation in den politischen Vereinen rege zu betätigen und diese Vereine und damit indirekt die Parteien im Sinne unserer Forderungen zu beeinflussen? Wenn auch die anderen Organisationen so handeln, wenn sie sich nicht in das Schlepptau bestimmter Parteien nehmen lassen, sondern wenn es jedem einzelnen anheim gestellt bliebe, sich dort zu betätigen, wohin ihn seine politische Überzeugung drängt, dann müßte der Einfluß der deutschen Arbeiterschaft viel größer sein als heute und dank ihrer Stärke auch viel mächtiger als derjenige der Agrarier und der Scharfmacher. Heute liegen die Verhältnisse aber leider so, daß nicht die Arbeiterorganisationen auf die Parteien wirken, sondern daß die Parteien den Arbeiterorganisationen die Richtung vorschreiben. Wenigstens gilt dies von den sogenannten freien und christlichen Gewerkschaften. Daher auch die Macht des Scharfmachertums und der verhältnismäßig geringe Einfluß der Arbeiterschaft auf den Gang der Gesetzgebung! Besser kann es nur werden, wenn die Arbeiter auch in dieser Frage den Weg gehen, den ihnen die Deutschen Gewerkevereine gezeigt haben.

Arbeiterkontrollen im sächsischen Bergbau.

Schon seit vielen Jahren bestehen im Königreich Sachsen Vorschriften, durch welche die Bergleute bei drohender Gefahr zu sofortiger Anzeige und tatkräftiger Mithilfe bei der Abwehr von Gefahren verpflichtet und die ältesten und erfahrensten unter den Arbeitern als sogenannte Vorarbeiter für die Verhütung von Unfällen innerhalb ihres Arbeitsgebietes in erhöhtem Maße verantwortlich gemacht werden. Diese Vorschriften aber genügen nicht. Deswegen ist schon verschiedentlich von den Arbeitern an die Regierung die Forderung gestellt worden, daß sie nicht nur zusehe, wie vom Unternehmer ernannte Arbeiter während der Arbeit zur Aufsicht herangezogen werden, sondern daß sie dafür Sorge, daß von den Belegschaften geheim gewählte Arbeiter planmäßig an der Beaufsichtigung der Gruben beteiligt werden. Diese Arbeiter sollen aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden, um dadurch vom Arbeitgeber völlig unabhängig zu werden, aus der Staatskasse besoldet und unter oder neben den vom Staate angestellten Bergpolizeibeamten ausschließlich mit der Grubenaufsicht betraut werden.

Diese Forderungen, die durchaus berechtigt sind, sind sowohl von der sächsischen Regierung als auch von Landtage abgelehnt worden. Man sieht sich, Vertrauensmännern, die von den Arbeitern gewählt sind, die Beamteneigenschaft zu übertragen. Es wird auch behauptet, daß die Arbeiter, weil sie jeder theoretischen Ausbildung entbehren, zu einer gründlichen Grubenaufsicht nicht fähig seien, und daß bei allen meinen Wahlen auch gar keine Gewähr bestehe, daß die Gewählten zur Ausübung ihres Amtes tüchtig geeignet sind. Es könnten gar zu leicht politische oder gewerkschaftliche Momente für die Wahl ausschlaggebend sein.

Aus diesen Gründen hat die Regierung vor etwa 9 Jahren auf den staatlichen Gruben verlässliche Sicherheitsmänner eingeführt, die aber nicht von den Arbeitern gewählt, sondern von der Bergbehörde ernannt werden. Gleichzeitig hat sie den Besitzern der Privatbergwerke im Lande wiederholt zugeredet, aus freien Stücken die Bergleute bezw. deren Vertrauenspersonen zur Mitüberwachung der Betriebssicherheit heranzuziehen. Sie hatte jedoch mit ihren Vorschlägen kein Glück, so daß sie den Versuch machte, auf dem Wege der Landesgesetzgebung ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Aber auch das gelang ihr nicht. Durch den Widerstand der Konteraktiven, die bisher im sächsischen Landtage von ausschlaggebendem Einfluß waren, wurden zwei Anträge, die darauf abzielten, Arbeiterkontrollen einzuführen, mit geringer Mehrheit abgelehnt. Nur ein Antrag wurde angenommen, der die Regierung ermahnte, im nächsten Landtage darüber zu berichten, ob es möglich gewesen sei, die privaten Gruben zu freierwilliger, aber planmäßiger Heranziehung der Arbeiter zur Grubenaufsicht zu bestimmen. Selbst diese Bemühungen der Regierung sind gescheitert, so daß ihr schließlich nichts anderes übrig blieb, als mit einer Novelle zum Berggesetz an den neuen Landtag heranzutreten, die im wesentlichen folgendes bejagt:

Auf Bergwerken, auf denen in der Regel mehr als 30 Arbeiter unter Tage beschäftigt werden, sind die Grubenarbeiter zur Überwachung der Sicherheit des Betriebes planmäßig zuzuziehen. Zu diesem Zwecke haben sie aus ihrer Mitte so viele Sicherheitsmänner zu wählen, daß auf höchstens 300 Mann der unter Tage arbeitenden Belegschaften mindestens ein Sicherheitsmann und ein Stellvertreter kommen. Die Sicherheitsmänner dürfen von der Wahl an bis zum Ablauf ihrer Wahlperiode ohne Kündigung nur beim Vorliegen eines gesetzlichen Entlassungsgrundes, im übrigen aber nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes und in diesem Falle nur unter Einhaltung ihrer vierzehntägigen Kündigungsfrist aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden. Durch Verlegung an andere Arbeitsstätten erlischt das Amt nicht.

Der Gewählte muß folgende Eigenschaften besitzen: Er muß deutscher Staatsangehöriger und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, sowie in seinem Wahlbezirk beschäftigt sein. Er muß im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein, muß das 30. Lebensjahr vollendet haben, fünf Jahre unter Tage als Bergmann und davon mindestens drei Jahre als Häuer oder Zimmerling gearbeitet haben, überdies darunter entweder seit der Eröffnung des Betriebes oder wenigstens ein Jahr von dem Tage seiner Wahl an rückwärts gerechnet und unmittelbar an diesen Zeitpunkt anschließend auf dem Werke unter Tage beschäftigt gewesen sein. Eine Wiederwahl ist für die nächsten zwei Wahlperioden nicht zulässig.

Diese Arbeiterkontrollen sollen also nicht Beamte werden, sondern Arbeiter bleiben. Sie haben die Gruben und besonders die Arbeitsplätze mindestens einmal, höchstens dreimal im Monat zu untersuchen und über den Befund zu berichten. Sie sind verpflichtet, auf Verlangen des Bergamtes oder der Betriebsverwaltung die Strecke zu befragen und die staatliche Bergpolizei bei ihren Befragungen zu begleiten. Als Entschädigung erhalten sie ein bestimmtes Tagelohn, das mindestens so hoch sein soll wie ihr durchschnittlicher Arbeitsverdienst.

Die Wünsche der Bergarbeiter werden durch diese Novelle nur zum Teil erfüllt. Dadurch, daß die in Aussicht genommenen Sicherheitsmänner auch während ihrer Amtstätigkeit im Dienste der Gruben bleiben sollen, besteht die Befürchtung, daß sie nicht mit der nötigen Entschiedenheit ihres Amtes walten. Die sächsische Regierung folgt im wesentlichen dem Vorbilde der preussischen. Trotzdem darf mit ziemlicher Bestimmtheit gesagt werden, daß bei der veränderten Zusammensetzung des sächsischen Landtages die Vorlage angenommen wird, und auch die erste Kammer wird ihr einen grundsätzlichen Widerstand nicht entgegensehen.

Die Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Schwere Kämpfe haben sich im letzten Jahrzehnt im deutschen Holzgewerbe abgespielt. Insbesondere die Zeit der Hochkonjunktur wurde dazu benutzt, überall bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, wo die Organisationsverhältnisse es erlaubten. Die häufigsten Kämpfe trugen zu dem Erstarken des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe wesentlich mit bei. Gleichzeitig wurde aber auch der Tarifgedanke nicht nur beim deutschen Holzarbeiterverbande, sondern auch bei den Arbeitgebern dadurch gefördert. Mit dem Abschluß des Tarifvertrages für Groß-Berlin im Januar 1905, den auch der Gewerksverein der Tischler (jetzt G. d. Holzarbeiter) mit abschloß, war die Voreingekommenheit gegen Tarifverträge verschwunden und die Idee gewann Anhänger. Nur einzelne rückwärtliche Jungmeister und solche, die den „Verer im Hause“ Standpunkt vertraten, konnten sich mit der neuen Entwicklung der Dinge noch nicht abfinden. Die innersort wiederkehrenden Beunruhigungen und Differenzen zwangen aber auch diese zur besseren Einsicht und, der Not gehordend, nicht dem eigenen Triebe, ließen sie ihren ungerechtfertigten Widerstand fallen. Seit 1905 ist dann eine verhältnismäßig große Zahl von Tarifverträgen in der Holzindustrie abgeschlossen worden. Dabei verfolgte der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe die Taktik, den Ablaufstermin für möglichst viele Verträge auf einen bestimmten Zeitpunkt festzulegen. Dadurch wollten die Arbeitgeber erreichen, daß die beteiligten Arbeiterorganisationen bei einer Kündigung der Verträge den Kampf nicht wagen oder aushalten könnten, ohne finanziell zu verbluten. Sie wollten also das Kampffeld möglichst über ganz Deutschland ausdehnen. Diese Taktik der Unternehmer wurde von den Vertretern der Arbeiter durchkreuzt, indem diese sich immer nur auf einen dreijährigen Ablaufstermin einließ. Schwere Kämpfe sind um den Ablaufstermin geführt worden. Seitete doch die Einigung im süddeutschen Holzgewerbe im vergangenen Frühjahr lediglich an der Frage des Ablaufstermins. Die Arbeitgeber wollten nur bis 1911, die Arbeitnehmer dagegen bis 1912 abschließen. Letzteres wurde schließlich doch von den Arbeitgebern anerkannt.

Der Kampf um den Ablaufstermin hat dazu geführt, daß die in der Holzindustrie abgeschlossenen Tarifverträge auf 3 Jahre verteilt sind, so daß je ein Teil derselben in den Jahren 1910, 1911 und 1912 abläuft. Die Verträge haben mit wenigen Ausnahmen eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Bei der jetzigen Bewegung kommen alle Verträge in Betracht, deren Ablauf in die Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1910 fällt. Ein Teil dieser Verträge wurde von den Arbeitern unter Zustimmung der Hauptvorstände der beteiligten Organisationen gekündigt. Darauf kündigten die Arbeitgeber alle übrigen Verträge. Der Arbeitgeber-Schutzverband hat sich also die Möglichkeit geschaffen, im Falle eines Streiks an einzelnen Orten auf der ganzen Linie auszusperren. 55 Orte mit annähernd 40 000 Holzarbeitern kommen dabei in Betracht.

Gekündigt sind die Verträge in: Barmen, Berlin, Bernau, Bernburg, Beuthen, Brandenburg, Braunschw. Promberg, Burg b. Magdeburg, Charlottenburg, Danzig, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen-Kray, Flensburg, Gleiwitz, Görtz, Göttingen, Greifswald, Groß-Schönau, Guben, Halle a. S., Hannover, Harburg, Hildesheim, Kattow. Kiel, Köln, Königshütte, Königsberg i. P., Langenöls, Leipzig, Lübeck, Lüneburg, Mettmann, München, Nowawes, Oldenburg, Pojen, Potsdam, Quedlinburg, Rendsburg, Rixdorf, Spandau, Stargard i. P., Stettin, Tarnowitz, Thorn, Ulm, Vieren, Weiskene, Zeitz, Zittau und Zuffenhausen.

Das Kündigungs schreiben der Arbeitgeber ist sehr auf den Frieden gestimmt. Auch in der „Fachszeitung“, dem Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes, wird die Friedenspojanne gelassen. Jedoch ist dies allein noch kein Beweis des Entgegenkommens gegenüber den berechtigten Wünschen der Arbeiter.

Bereits am 25. und 26. Oktober fand in Berlin eine Konferenz mit den Vertretern des Arbeitgeber-Schutzverbandes statt, an welcher neben den Vertretern des deutschen und christlichen Holzarbeiterverbandes die Kollegen Schumacher und Bleicher vom Gewerksverein der Holzarbeiter teilnahmen. In dieser Konferenz wurde zunächst Einigkeit darüber erzielt, daß beide Teile danach streben werden, möglichst ohne Kampf zu neuen dreijährigen Verträgen zu kommen. Als Ablaufstermin der neu abzuschließenden Verträge wurde der 15. Februar 1913 festgesetzt.

Die Verhandlungen an den einzelnen Orten haben zum Teil schon begonnen, jedoch bis jetzt noch keinerlei positives Ergebnis gehabt. Öffentlich gelangt es, den Frieden zu erhalten! Die Holzindustrie würde dabei nur Vorteil haben. Alle Verbandsgegner haben jetzt die Pflicht, den Gewerksverein der Holzarbeiter in der Agitation tatkräftig zu unterstützen, damit er mit einem anschließenden Mitgliedergewinn aus dieser Bewegung hervorgeht.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 23. November 1909.

Der volkswirtschaftliche Kursus, den der geschäftsführende Ausschuss im Auftrage des Zentralrats veranstaltet, hat seinen Anfang genommen. Eingeleitet wurde er durch einen Empfangskommers, der am Sonntag Abend die Kursteilnehmer sowie eine Anzahl Berliner Kollegen im Weissen Saale des Verbandshauses vereinigte. Der Vorstandsvorsitzende Kollege Goldschmidt eröffnete die Feier mit einer längeren Ansprache, in welcher er die Bedeutung dieses Kursus den Anwesenden vor Augen führte. Den Teilnehmern sollen neue Waffen in die Hand gegeben werden, damit sie noch wirksamer als bisher den Kampf für unsere gute Sache führen können. Nicht darauf komme es an, Vielwörter heranzubilden, sondern vor allen Dingen den Teilnehmern eine Grundlage zu geben, durch die es ihnen ermöglicht wird, die großen Fragen, die die Öffentlichkeit bewegen, besser aufzufassen und in ihren Ursachen zu begreifen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung zu ernster Arbeit und übertrag sodann die Leitung des Festes an den Verbandsredakteur Kollegen Leonor Lewin. Jetzt trat die Fröhlichkeit in ihre Rechte, und bei Gesang und humoristischen Vorträgen aus den Reihen der Teilnehmer vergingen schnell die Stunden.

Die Reihe der Vorklesungen begann am Montag früh der Verbandskassierer Kollege Klein mit einem Vortrage über „Kassen- und Rechnungswesen“. Die Zahl der angemeldeten Teilnehmer beträgt 30; auch eine Dame befindet sich darunter. An verschiedenen Vorklesungen aber wird noch eine Zahl Berliner Kollegen teilnehmen.

Offiziell zeitig der Kursus gute Früchte und trägt dazu bei, daß die edlen Bestrebungen der Deutschen Gewerksvereine in immer weitere Kreise des deutschen Volkes Eingang finden!

Die Eröffnung des Reichstages wird am 30. November erfolgen. Der Termin ist überaus spät gewählt, so daß für gesetzgeberische Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete bedauerlicherweise wieder nur wenig Zeit übrig sein wird. Allerdings wollen die „Münch. Neuest. Nachr.“ wissen, daß die Regierung von ihren sozialpolitischen Plänen nicht ablassen wird.

Das Arbeitskammergesetz wird wieder vorgelegt und zwar unter Berücksichtigung verschiedener Beschlüsse der Reichstagskommission mit Ausnahme der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre in die Kammern, die nach wie vor abgelehnt wird. Auch die Novelle zur Gewerbeordnung wird wieder erscheinen, allerdings unter Ausmerzung verschiedener Materien, in denen ohne eine Lebensänderung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit nicht zu erwarten ist. Hierzu gehört aber nicht die Regelung der Heimarbeit, unter familiären Gesichtspunkten. An ihr hält die Regierung fest und wenn sie auch die Kommissionsbeschlüsse über die Lohnämter abweist, so steht sie doch der Forderung von Tarifverträgen in der Heimarbeit freundlich gegenüber. Die Reichs-Versicherungsordnung auf die lange Bank zu schieben, ist nicht der Wunsch des Bundesrates, wie mehrfach behauptet worden ist, doch haben sich die Ausschüßberatungen sehr langwierig gestaltet und einschneidende Änderungen in erster Lesung ergeben, so daß es wohl noch einige Zeit dauert, bis der Entwurf im Bundesrat angenommen und dem Reichstag vorgelegt werden wird. Was die jegige, viel erörterte Frage der Regelung des Arbeitsnachweises betrifft, so ist im Etat die Summe von 30000 Mk. zur Förderung der gemeinnützigen Arbeitsnachweise eingestellt. An eine allgemeine gesetzliche Regelung außerhalb des Gebietes der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung wird aber in maßgebenden Kreisen nicht gedacht. Man erhofft auch hier eine günstige Entwicklung von dem Fortgang und der Ausbreitung des Arbeitsarbeitsvertrages.

Was das Arbeitskammergesetz und die Novelle zur Gewerbeordnung anbelangt, so wird hier bestritten, was aus Arbeiterseite längst befürchtet wurde. Bei ersterem will man die Zulassung der Organisationsbeamten ausschließen und bei dem zweiten Gesetz die Einführung der Lohnämter. Das aber sind gerade diejenigen Bestimmungen, die den Gesetzen erst einen Wert verliehen hätten. Also selbst wenn die Entwürfe verabschiedet werden sollten, würden die Gesetze nur Stiefkinder sein. Bezüglich der Reichsversicherungsordnung ging nachträglich noch eine Notiz durch die Presse, daß ihre Umarbeitung im Bundesrat noch

so viel Zeit erfordere, daß man nicht daran denken könne, die Vorlage noch vor Estern an den Reichstag gelangen zu lassen. Demgegenüber erklärt jetzt die offiziöse „Nord. Allg. Ztg.“, daß diese Nachricht nicht zutreffend, sondern die Arbeiten an der Reichsversicherungsordnung im Bundesrat so beschleunigt würden, daß ihre Einbringung im Reichstage bestimmt noch vor Estern erfolgen werde.

Znnungen und Arbeitgeberverbände. In einem Erlaß vom 20. Januar 1903 hatte der damalige preußische Handelsminister Müller es für gesetzlich und statthaft erklärt, daß Znnungen einem Arbeitgeberverbande angehören und Aufwendungen für denselben machen. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag hat nun vor kurzem bei dem Handelsministerium die Aufhebung dieses Erlasses beantragt. Daraufhin hat der neue preußische Handelsminister Sydow an die Ober- und Regierungspräsidenten einen neuen Erlaß gerichtet, in welchem jenes Verbot aufgehoben und der Beitritt der Znnungen zu den Arbeitgeberverbänden gestattet wird. Begründet wird diese Entscheidung folgendermaßen:

„Nach der Entwicklung, welche die Arbeitgeberverbände genommen haben, hat sich ein großer Teil von ihnen aus Kampferbänden der Unternehmer mehr und mehr zu Organisationen umgestaltet, die in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Organisationen der Unternehmer die zwischen diesen und den Arbeitgebern bestehenden Interessengegenstände auszugleichen und dazu beitragen bemüht sind, daß an Stelle des Kampfes ein auf gerechter Grundlage beruhendes friedliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande kommt. Inwieweit erscheint ihre Wirksamkeit wohl geeignet, auch der Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Weistern und Gesellen, wie sie der § 81 Absatz 2 der Gewerbeordnung den Znnungen zur Pflicht macht, zu dienen. In Abänderung des Erlasses vom 20. Januar 1903 will ich daher genehmigen, daß in Zukunft auch den Znnungen der Beitritt zu den Arbeitgeberverbänden gestattet wird. Ich setze dabei voraus, daß die Znnungen innerhalb der Arbeitgeberverbände im Sinne der Erhaltung und Befestigung des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirken und sich, wo noch Arbeitgeberverbände bestehen, die reine Kampforganisationen sind, von solchen fernhalten werden. Falls den Znnungen aus diesem Beitritte die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen an die Arbeitgeberverbände erwünscht wird, wird darauf Bedacht zu nehmen sein, daß diejenigen Mitglieder einer Zwangsznning, welche keine Gesellen und Lehrlinge halten, ebenso wie die Gesellen der Znningmitglieder selbst, gemäß § 100, 8 Absatz 2 der Gewerbeordnung von der Zahlung von Beiträgen befreit bleiben.“

Wir haben gegen den Beitritt der Znnungen zu den Arbeitgeberverbänden nichts einzuwenden. Jedoch das Urteil, daß die Arbeitgeberverbände mehr und mehr ihren Kampfcharakter aufgegeben haben, will uns doch nur sehr bedingt als zutreffend erscheinen.

Arbeiterbewegung. Die Differenzen der Seidenhandwerker im bergischen Lande können als beigelegt betrachtet werden. Die Generalversammlungen der streikenden Parteien haben die ihnen unterbreiteten Vermittlungsvorschläge angenommen, worauf von beiden Seiten die Kündigungen zurückgezogen wurden. — In den Wöbelfabriken von Höchst a. M. ist es zu einem Konflikt gekommen. Nachdem die Unternehmer den alten Tarif gekündigt hatten, wollten die Arbeiter gewisse von den Unternehmern vorgelegene Verschlechterungen aus dem neuen Tarif beseitigt wissen. Die Fabrikanten aber ließen sich darauf nicht ein, sondern entließen einfach die Arbeiter. Bisher sind von der Absperrung etwa 250 Personen betroffen. — In Wollin (Kreis Greifenhagen) sind die Dienstknechte in den Streik getreten, weil ihnen die Landwirte den ohnehin schon jämmerlichen Lohn noch weiter kürzen und den Beginn des Dienstjahres auf Neujahr verlegen wollten. Die Knechte ließen sich auf diese Bedingungen nicht ein, sondern legten einfach die Arbeit nieder. — Der Streik im Mansfelder Grubenrevier läßt seine Folgen insofern noch spüren, als etwa 600—800 Bergleute keine Arbeit wieder finden werden, weil sie sich in besonderem Maße in der Agitation für den Bergarbeiterverband hervorgetan haben. Die Bergwerksleitung überfließt dabei offenbar, daß sie in diesen Zeiten, die sie in so brutaler Weise aufs Pflaster wirft, ein ganzes Heer von Agitatoren heranzieht, deren Tätigkeit sie in späterer Zeit noch viel deutlicher fühlen wird. — In der Filiale der Samburgiger Zigarrenfabrik Jürgensen u. Co. in Rlotho (Westfalen) sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Betriebsleitung versucht, die Steuerbelastung durch überaus niedrige Löhne auf die Arbeiter abzuwälzen.

In Paris haben etwa 2000 Kohlenverlader beschlossen, in den Streik einzutreten, wenn die Kohlenhändler sich weigern, ihnen eine Lohnerhöhung zu bewilligen. — In Mailand streiken

seit einiger Zeit die Gasarbeiter. Die Gasgesellschaft ist bemüht, aus dem Auslande Arbeitswillige heranzuziehen.

Der „Demokratische kaufmännische Verband“, der Mitte Oktober in Berlin gegründet worden ist, hat sich noch nicht begraben lassen. Er lebt noch, er röchelt noch. Um uns zu zeigen, wie falsch unsere Prophezeiung war, daß die Gründung ein totgeborenes Kind sei, werden wir in einem umfangreichen Leitartikel wegen unserer „unfairen“ Schreibweise heftig angegriffen. Der neue Verband besitzt nämlich auch bereits ein Organ. Das ist aber auch danach, nämlich der Anhang zu einer Anzahl von kaufmännischen Schriften, die in der Hauptsache der Reklame dienen. Die grünen Lettern, in denen es gedruckt ist, lassen die Hoffnungsfreudigkeit, von der der Leiter der neuen Organisation erfüllt sind, zum Ausdruck kommen. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir dem neuen Verbändchen eigentlich viel zu viel Ehre erweisen, wenn wir uns nochmals mit ihm beschäftigen. Wo zu nach Spägen mit Kanonen schießen? Wir möchten aber doch darauf hinweisen, daß unsere Behauptung, der Wunsch, die soziale Lage der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen zu bessern, sei bei der Gründung des Verbandes nicht ausschlaggebend gewesen, durchaus berechtigt ist. In dem Artikel gegen uns wird das allerdings zu widerlegen versucht. Dabei unterläßt aber dem Artikelschreiber das Malheur, daß er unsere Behauptung gerade stützt, denn an mehreren Stellen wird, zum Teil verblümt, zum Teil ganz offen, zum Ausdruck gebracht, daß die Gründung sich einzig und allein gegen den Verein der Deutschen Kaufleute wendet, dem man „noch mande Nuß zu knaden geben“ wird. Wir zweifeln auch nicht einen Augenblick daran, daß der Verein der Deutschen Kaufleute mit den Herren und Damen fertig werden wird.

Vielleicht interessanter wäre es gewesen, wenn man einmal versucht hätte, in dem langen Artikel den Widerspruch aufzuklären, der in dem Namen „Demokratischer kaufmännischer Handelsverband“ und in der Erklärung liegt, daß politische Bestrebungen aus dem Verbandsausgeschlossen sein sollen. Darauf ist man nicht eingegangen. Die Lösung des Rätsels wäre auch zu schwer gewesen.

Und damit schließen wir die Akten über den „Demokratischen kaufmännischen Verband“. Sollte er noch am Leben sein, wenn seine nächste Nummer erscheint, und man uns die Ehre eines neuen Angriffs erweisen, so werden wir auch dieses schwere Geschick mit Würde zu tragen wissen.

Die Abschaffung der Ueberstunden ihrer Beamten haben die städtischen Behörden in Hildesheim beschlossen. Der Bürgermeister begründet den Antrag damit, daß für Ueberstunden im letzten Jahre etwa 10 000 Mark vorausgabt worden seien. Es könne aber weder für die Stadt, noch für die Beamten selbst von Vorteil sein, wenn Ueberstunden geleistet werden. Es sei vorgekommen, daß ein Beamter 5 Tage hintereinander je 6—7 Ueberstunden gemacht habe. Dadurch werde der Körper ruiniert und die Beamten müßten früher pensioniert werden, oder es werde nichts geleistet, weder bei den Ueberstunden, noch bei der Arbeit an andern Tagen nach den Ueberstunden. Er empfahl deshalb, bei einsetzender Ueberlastung zeitweise Hilfskräfte einzustellen. Mit 4 Hilfskräften, die jährlich zusammen etwa 4000 Mark beziehen, könne man auskommen und werde dabei noch 6000 Mark sparen.

Man kann dem Hildesheimer Bürgermeister in dieser Begründung nur durchaus zustimmen. Die Schäden des Ueberstundenwesens hat er durchaus richtig erfaßt und hervorgehoben. Mit Recht aber betont der „Korrespondent“ der Buchdrucker, dem wir diese Notiz entnehmen, daß unter dem Ueberstundenunfang nicht allein die Beamten, sondern in noch viel höherem Grade die Arbeiter zu leiden haben. Deshalb wäre es in der Tat sehr zu begrüßen, wenn die Gedanken und die Vorschläge des Bürgermeisters von Hildesheim auch in der Industrie, und zwar bei Unternehmern und Arbeitern in gleicher Weise, gründliche Beachtung finden.

Praktische Winke, wie man für öffentliche Wohlfahrtsvereinigungen, wie Arbeitsnachweise, Rechtsauskunftstellen, Bibliotheken u. dergl., Propaganda machen kann, erteilt Dr. L. F. L. Lübeck im „Arbeitsmarkt“. Einige seiner Vorschläge, die auch von den Leitern unserer Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsbureaus, Rechtsauskunftsstellen usw. beherzigt werden mögen, wollen wir hier wiedergeben.

Zunächst gilt es, neben den, namentlich zu Anfang, unentbehrlichen Annoncen, die Mit Hilfe der Presse im lokalen Teile der Zeitung zu erbitten. Häufigere, aber nicht zu lange Einweise auf

den Charakter der Einrichtung, auf ihre Tätigkeit, ihre Entwicklung, ihre Erfolge, müssen auf das Wesen der Einrichtung aufmerksam machen und über sie aufklären. Sehr empfehlenswert ist es, von Zeit zu Zeit auch auf auswärtige Einrichtungen derselben Art hinzuweisen, um zu zeigen, daß es sich bei den betreffenden Einrichtungen um soziale Notwendigkeiten handelt, die auch anderen Orts erkannt und durchgeführt werden. Die Presse stellt sich für bezügliche Mitteilungen regelmäßig in dankenswerter Weise zur Verfügung.

Außerdem sind an geeigneten Stellen Plakate anzubringen, die zweckmäßig zugleich die Einweise auf mehrere gleichartige und verwandte Einrichtungen enthalten; aber doch deutlich in die Augen fallen müssen. In den Eisenbahnwagen, in den Bahnhöfen, in den Wartehäusern, in den Markthallen und öffentlichen Bureaus, auch an den Anschlagstelen werden sie stets Beachtung finden. Die Anbringung solcher Plakate, ihre geschmackvolle Ausgestaltung natürlich vorausgesetzt, wird in der Regel in entgegenkommendster Weise gestattet.

Eine gute Propaganda sind die Jahresberichte, vorausgesetzt, daß sie Günstiges zu berichten haben; nur darf man sich nicht mit der Herstellung des Berichtes begnügen, sondern muß dafür sorgen, daß er, namentlich in der Tagespresse, eingehend besprochen und, wenn irgend möglich, auch auszugweise wiedergegeben wird. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Jahresberichte als Propagandamittel sollte man sie auch nicht zu spärlich ausstellen. Zahlen und kurze Mitteilungen einzelner Tatsachen pflegen weitere Kreise nicht zu interessieren. Die Jahresberichte müssen das frische Leben, das in der einzelnen Einrichtung herrscht, widerspiegeln; sie müssen jedesmal von neuem wieder den Blick des Lesers für den Segen und für die Notwendigkeit der Einrichtung öffnen und die Herzen für ihre Wirksamkeit erwärmen. Nur dann kann man ... auf allseitige Förderung der Einrichtung rechnen.

Das sind einige Fingerzeige, die auch von den im Dienste unserer Organisation stehenden Kollegen beachtet werden sollten. Denn die besten sozialen Einrichtungen verfehlen ihren Zweck, wenn sie nicht genügend bekannt sind, und verlieren dadurch auch ihren agitatorischen Wert.

Eine Abnahme des Fleischverbrauchs weist die Statistik für das dritte Quartal auf. Nach den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischschau stellte sich nämlich die dem Konsum zugeführte Fleischmenge ohne Einbeziehung der Hauschlachtungen und außerdem ohne die Pferde- und Hundeschlachtungen in Millionen Kilogramm auf:

	1908	1909	Gegen 1908
1. Halbjahr	1230,26	1241,29	+ 11,03
3. Quartal	629,16	629,01	- 0,15
1. bis 3. Quartal	1859,42	1870,30	+ 10,88

Danach ist die Einschränkung im dritten Quartal an sich nicht bedeutend. Sie fällt aber deswegen stärker ins Gewicht, weil der Zuwachs der Bevölkerung zu berücksichtigen ist. Berechnen wir nämlich den Fleischkonsum Deutschlands unter Berücksichtigung des monatlichen Bevölkerungszuwachses, so kamen im dritten Quartal d. J. auf den Kopf der Bevölkerung nur 9,86 Kilogramm Fleisch aller Art, während im Vergleichsquantal des Vorjahres rund 10 Kilogramm auf den Kopf gekommen waren. Für die ersten drei Quartale zusammen ergibt sich eine Verbrauchsmenge von 29,41 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung gegen 29,47 Kilogramm im vorigen Jahre. Bei den einzelnen Fleischsorten gestaltete sich der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung im dritten Quartal in Kilogramm wie folgt:

	1908	1909	Gegen 1908
Rindfleisch	4,13	4,24	+ 0,11
Kalbfleisch	0,72	0,82	+ 0,10
Schweinefleisch	4,88	4,51	- 0,37
Sammel- und Ziegenfleisch	0,27	0,29	+ 0,02

Die einzige Fleischsorte, deren Konsum zurückgegangen ist, ist Schweinefleisch, also gerade die Sorte Fleisch, die in den minder bemittelten Bevölkerungsschichten am meisten konsumiert wird. Die Abnahme des Schweinefleischkonsums ist derart heftig, daß das Plus, das der Konsum der anderen Sorten zeigt, völlig ausgeglichen wird. In den ersten drei Quartalen d. J. erreichte der Schweinefleischkonsum überhaupt nur eine Höhe von 14,29 Kilogramm gegen 15,19 Kilogramm in der Parallelzeit 1908.

Der Verein der Königl. Sammlung für deutsche Volkskunde lädt zu einem am 1. Dezember, abends 8 Uhr, im neuen Hörsaal des Kunstgewerbemuseums, Prinz Albrechtstraße 7-8, stattfindenden Lichtbilder-Vortrag des Herrn Dr. R. Brunner über „Volkstümliche Festfeiern“ ein, wozu Eintrittskarten unentgeltlich in der Königl. Sammlung für deutsche Volkskunde, Klosterstr. 86, wochentäglich (außer Montag) von 10—3, Sonntags von 12—3 Uhr, zu haben sind.

Nr. 400. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 5 Uhr, in der Urania, Laubenstraße, ein Projektionsvortrag über: „Die neue Dolomitenstraße“ (eine Wanderung von Bozen nach Cortina) statt.

Gewervereins-Zeil.

Danzig. Am 10. November fanden hier selbst die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Bisher verfügten die sogenannten freien Gewerkschaften über 18, die christlichen Gewerkschaften über 7 Mitglieder. Unsere Kollegen hatten sich mit dem evangelischen Arbeiterverein und einer Anzahl anderer Korporationen verbündet und erzielten auch eine Vermehrung ihrer Stimmen von 206 auf 538. Die Verteilung der Mandate ist jetzt folgende: Die „Freien“ haben 11, die Christlichen 10 und wir 4 Sitze erhalten. Das ist immerhin ein Erfolg, der aber keineswegs befriedigend ist. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Danzig hätte die Zahl der für unsere Liste abgegebenen Stimmen viel größer sein müssen. Möge der Ausfall dazu beitragen, daß die hiesigen Kollegen mehr als bisher dafür wirken, daß die Gleichgültigen aufgerufen werden und wir das nächste Mal ein noch besserer Resultat erzielen!

Karlstraße. Die Vierteljahresversammlung für das 3. Quartal, die unser Ortsverband in der alten Brauerei Prinz veranstaltete, wies eine reichhaltige Tagesordnung auf. Der II. Vorlesende Kollege über begrüßte zum ersten Male die Kollegen vom Brauereigenossenverein, der sich seit dem 1. Oktober unserm Ortsverbande angeschlossen hat. Nach Verlesung des Protokolls und Erstattung des Kassenerichts, welche keinerlei Beanstandungen erfordern, erhielt Herr Dr. Fischer das Wort zu seinem Vortrage über „Volksernährung“. Der Redner verlas, in klaren und verständlichen Darlegungen die Aufmerksamkeit der Anwesenden völlig zu fesseln. Selten haben wir einen so interessanten Vortrag im Ortsverbande gehört. Lebhafter Beifall folgte denn auch den Ausführungen, und in der Diskussion wurden noch verschiedene Fragen, die seitens der Mitglieder gestellt wurden, bereitwillig beantwortet. Hieran schloß sich die Erzung von zwei Jubilaren, welche dem Gewerbeverein 25 Jahre angehören. Es sind dies die Kollegen B. Landes und S. Schmalz, denen ein Ehrengeschenk überreicht wurde. Sodann wurden noch die bevorstehenden Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde besprochen und Kollege Fath beauftragt, bei dem großherzoglichen Bezirksamt nähere Auskunft einzuholen. Weiter wurde beschlossen, am 18. Dezember eine Weihnachtsfeier zu veranstalten. Nachdem sodann ein Vertreter der Mutterschaftsversicherung und des Vereins für Verbreitung von Volksbildung sich ihrer Aufträge entledigt hatten, richtete Kollege Fath an die Anwesenden die dringende Mahnung, bei den bevorstehenden Generalsversammlungen der einzelnen Ortsvereine nur solche Vertreter für das Jahr 1910 in den Ortsverband zu entsenden, welche auch wirklich geneigt sind, ihren Posten so auszufüllen, wie es im Interesse der Gesamtorganisation notwendig ist. Außerdem legte er den Kollegen an, sich möglichst zahlreich dem Distriktsklub anzuschließen, da jeder einzelne dort noch lernen könne.

Stettin. In der Ortsverbandsversammlung vom 17. November wurde zuerst der Kassenericht erstattet. Der Bestand der Kasse hat sich in erfreulicher Weise gesteigert. Sodann behandelte Kollege F. d. das Thema: „Die Stellung der Arbeiter zu den neuen Steuern“.

Querschnitt über die Verhältnisse der Finanzreform und die Gründe der Steigerung der Reichs-Ausgaben erläutern, unterzog der Redner das ganze Fiskalsteuersystem, das durch seine zahlreichen Ausnahmen und Aufsichtsbestimmungen den Verkehr belästigt und durch die notwendige Beamtenvermehrung den Reinertrag der Steuern wieder mindert, einer scharfen Kritik. An seiner Stelle forderte er einige ertragreiche Steuern, welche die Lasten besser und gerecht verteilen. Auch das Verhalten der christlichen Arbeiterabgeordneten brachte er zur Sprache und verglich das Verhalten der meisten übrigen christlichen Gewerkschaftsführer mit einer Drehscheibe, welche nach dem parteipolitischen Winde des Zentrums sich richtet. Nach einer anregenden Diskussion, in der noch besonders die Kollegen an ihre Pflichten erinnert wurden, welche sie außerhalb unserer Organisation als Staatsbürger zu erfüllen haben, gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige in der Restauration Jäger zu Banzenthal tagende Verammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerkschaften für Köln und Umgebung spricht ihre Mißbilligung aus über die Art und Weise der letzten Steuererlässe im Reiche, weil dadurch wiederum der großen Masse des minder- und unbemittelten Volkes die Steuerlasten hauptsächlich aufgeschult worden sind und dazu noch in einer Zeit der Leertung und wirtschaftlichen Depression. Durch diese Steuerart wird der Reallohn der Arbeiterschaft heruntergedrückt. Zahlreiche Lohnkämpfe werden die unausbleiblichen Folgen sein. Die Verammlung ist der Meinung, daß bei dem notorisch starken Anwachsen der Vermögen im Deutschen Reiche, und da die Entstehung und mächtige Entwicklung des Deutschen Reiches ein wesentlicher Grund des Steigens der Vermögen ist, es nur ein Akt der Gerechtigkeit gewesen wäre, die letzten Reichsfinanzbedürfnisse durch eine progressiv gestaltete Nachlass- und Vermögenssteuer hauptsächlich aufzubringen. Ferner vertritt die Verammlung, dem Aufruf in unserem Zentralorgan, „Der Gewerbeverein“, vom 24. Juli d. J. zum Boykott des Branntweins nachdrücklich zur Durchführung zu veranlassen, um dadurch die Abschaffung der Branntweinsteuergabe zu erzwingen“.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-V.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkschaften, N.O. Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 24. Novbr., Vortrag d. Kolleg J. d. über: „Preis“. Gäste will. — **Gewerkschafts-Vereinsabend (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Noabli.** Jeden Freitag, abends 8½ Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 58. — **Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Büdlerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Sonntagsabend, 27. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abds. 8½ Uhr, Versammlung bei Weichert, Bergstr. 69. Neuwahl des Ausschusses. Vortrag des Kollegen Weigt: „Die Geschichte der Sozialpolitik“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr, Versammlung, Fruchtstr. 36a. 1. Mitteilungen, 2. Bericht von der Kombiniten, 3. Neuwahl des Ausschusses, des Vergütungskomitees und des Bibliothekars. Daran anschließend Herrenabend. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Abends 8½ Uhr, Versammlung Kottbuserstraße 6. Vortrag des Kollegen Gleichauf, Ausfühwähl. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Abends 8½ Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal bei Paul, Hübenerstr. 16. Ausfühwähl, Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsgesung, Besprechung über Stützungsstellen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8½ Uhr, Ausfühwähl.

Brunnenstraße 148. Vortrag des Generalsekretärs Winter: „Die Wohnungsmieten in Berlin“. Anmeldung zur Weihnachtsgesung. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8½ Uhr, Versammlung bei Franzen, Schönhauser Allee 65. Neuwahl des Vorstandes, Bericht von der Kombiniten, Anmeldung zur Weihnachtsgesung.

Orts- und Bezirksverbände.

Wagen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsabend bei Weichert, Ecke Panjersmampfad und Zülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr, abds. 9 Uhr im Restaurant „Vater Rolping“, Elbstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. u. 4. Sonntag im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sandlerbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste will. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr im Restaurant „Vater Rolping“, Elbstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. u. 4. Sonntag im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hafensamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Waldheim-Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertretertag beim Hirtl Joh. Köller, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerkschafts-Vereinsabend).** Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmungsbegierige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weihenfeld a. G. (Wahlgenossenschaft der Gewerkschaften).** Übungsstunde jeden Dienstag, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße, Gefangene Gewerkschaftskollegen stets willkommen. — **Ferlach (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Döhr, 1. — **Stettin (Sängerkor der Gewerkschaften).** Die Übungsstunden finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegierige Kollegen sind herzlich willkommen. — **Selmskirchen (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertretertag, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal G. Simon, Alter Markt. — **Spremberg (Distriktsklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Zährchen“ Sitzung. Gewerkschaftsmitglieder sind stets willkommen. — **Weihenfeld (Distriktsklub der Gewerkschaften).** Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — **Selmskirchen (Ortsverband).** Sonntag, 28. November, nachm. 4 Uhr, Generalversammlung bei Börsmeier, Schalle, Kaiserstraße. F.-D. Babelsh. — **Stippstadt (Ortsverband).** Sonntag, 5. Dezember, nachmittags 8½ Uhr, Verbandsversammlung in Sittrop. F.-D. Vortrag des Kollegen Joachimsmeier über: Zweck und Ziele des Ortsverbandes.

Literatur.

Das Geranium, diese allen Berlinern so wohlvertraute rotblühende Pflanze, ist von der bekannten Märchenbildnerin Elisabeth Grunau-Kühne zum Gegenstand eines feinsinnigen Märchens gemacht worden, das Franz Stassen mit gewohnter Meisterschaft illustriert hat. Die farbenprächtigen, großen Vollbilder werden sicher das Entzücken der Kinder erregen, und der ergreifende Inhalt des Märchens auch auf die Erwachsenen tiefen Eindruck machen. Das prächtig ausgestattete Märchenheft kostet 1 Mark und wird vom Krüppel-Heil- und Fürsorge-Verein, Berlin, Am Urban 10—11, vertrieben. Ebenfalls sind auch die gesammelten Märchen der Grunau-Kühne, die den besten Dichtungen Andersen nichts nachgeben, zum Preise von 3 M. zu haben. Der gesamte Erlös der Märchen ist für den Baufonds zur Errichtung eines eigenen Krüppelheims bestimmt.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung und Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksernennen.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 8,50 M., 100 Exemplare 6 M., 200 Exemplare 10 M., 500 Exemplare 23,50 M., 1000 Exemplare 45 M.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Leitfadens für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 M., 12 Stück 2,65 M., 20 Stück 4 M.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsbillett erfolgen.

Stuttgart-Gannstatt (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pfennig Ortsbeitrag bei F. u. d. G., Gannstatt, Brunnenstraße 58 a. III.

Potsdam (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, H. Häbde, Bant, Goethestr. 7.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegehalt der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeiterssekretariat Bremen, Doventorstr. 21, II. Eingang Kleine Fuhlenstr. 6. Telefon Nr. 6468.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterhütung im Bureau, Wäldheimstraße 132.

Köln und Waldheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerkschaftsbureau, Severtstr. 118 I.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hagu und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.

Ausführliches Bild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. 160x230 mm. Preis 50 Pfg.

Leitfaden zum Gewerbegerichtsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.

Der geschichtliche Arbeiterklub im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.

Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkschaftler 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M., 50 Exemplare 12,50 M.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften. — Bestschrift zum 25jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Bücher) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Rücknahme erledigt wird. Selbstsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.